

## WAHLEN ZUM EU-PARLAMENT

**NEIN** zum Europa der Banken und Konzerne!

**JA** zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich kandidiere bei den Wahlen zum EU-Parlament am 25. Mai 2014 auf der Liste der DKP. Warum?

Die etablierten Parteien von schwarz bis grün verkaufen uns die EU als Projekt des Friedens und des Wohlstandes. Nationalisten wie die „AfD“ behaupten, „deutsche Interessen“ würden geopfert für „Europa“. Wir dagegen fragen: um wessen Interessen geht es hier?

Haben wir, die arbeitenden Menschen in Deutschland, die gleichen Interessen wie die Deutsche Bank oder die anderen Konzerne und Banken? Jede Tarifrunde zeigt das Gegenteil!

Dies gilt auch für die Europapolitik. Ein Beispiel: durch „Hartz“-Gesetze und Niedriglohnssektor ist das Lohnniveau in Deutschland im Vergleich zu anderen gesunken. Deutsche Exporte überrollten Europa und die Welt. Kurzfristig sicherte dies Arbeitsplätze in Deutschland - doch es verschärfte zugleich die wirtschaftliche Ungleichheit in Europa. Den betroffenen Ländern besonders in Südeuropa verordnen Merkel und die „Troika“ eine rigorose Kürzungspolitik, auf Kosten der Arbeitenden: Privatisierungen, Abbau öffentlicher Leistungen und der Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. In Griechenland z.B. sind Tarifverträge auf Geheiß der „Troika“ nicht mehr bindend. Damit wächst der Druck auf die Tarife auch woanders, also auch bei uns. Und: damit wird auch der Markt für deutsche Exporte wieder zerstört...

Diese EU-Politik nutzt den großen Konzernen und Banken, vor allem den deutschen. Sie schadet den kleinen Leuten, vor allem

den Arbeitenden – auch in Deutschland. Dagegen hilft nur der gemeinsame Widerstand aller Betroffenen im Betrieb und auf der Straße. Wir wollen auch die Wahlen nutzen, um dieses deutlich zu machen.

Euer Achim Bigus



### Vier Vorschläge von Jürgen Todenhöfer

Der Publizist Jürgen Todenhöfer, bis 1990 für die CDU im Bundestag, hat sich mit einem offenen Brief an Bundespräsident Joachim Gauck nach dessen Auftritt auf der Münchner »Sicherheitskonferenz« gewandt:

Lieber Herr Bundespräsident,

Sie fordern, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge:

1. Ein Besuch im syrischen Aleppo oder in Homs. Damit Sie einmal persönlich erleben, was Krieg bedeutet.
2. Vier Wochen Patrouillenfahrt mit unseren Soldaten in afghanischen Kampfgebieten. Sie dürfen auch Ihre Kinder oder Enkel schicken.
3. Ein Besuch eines Krankenhauses in Pakistan, Somalia oder im Jemen – bei unschuldigen Opfern amerikanischer Drohnenangriffe.
4. Ein Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes El Alamein in Ägypten. Dort liegen seit 70 Jahren 4800 deutsche Soldaten begraben. Manche waren erst 17. Kein Bundespräsident

hat sie je besucht.

Nach unserem Grundgesetz haben Sie »dem Frieden zu dienen«. Angriffskriege sind nach Artikel 26 verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig. Sagen Sie jetzt nicht, unsere Sicherheit werde auch in Afrika verteidigt. So etwas ähnliches hatten wir schon mal. 100000 Afghanen haben diesen Unsinn mit dem Leben bezahlt.

Wie kommt es, dass ausgerechnet Sie als Bundespräsident nach all den Kriegstragödien unseres Landes schon wieder deutsche Militäreinsätze fordern? Es stimmt, wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber doch nicht für Kriege, sondern für den Frieden! Als ehrlicher Makler. Das sollte unsere Rolle sein. Und auch Ihre.

Ihr Jürgen Todenhöfer

PS: Mir ist ein Präsident lieber, der sich auf dem Oktoberfest von Freunden einladen lässt, als einer, der schon wieder deutsche Soldaten ins Feuer schicken will. Von seinem sicheren Büro aus. Fast bekomme ich Sehnsucht nach Wulff. Der wollte Menschen integrieren, nicht erschlagen

## UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund  
Revierpark  
Wischlingen

Das größte  
Volkfest  
der Linken!



Kauft den  
Sozi-Button zur  
Finanzierung  
des Festes.

www.dkp.de

roter

Käfer

Betriebszeitung der DKP für VW-Osnabrück und Valmet



Inhalt März 2014

- Aus für Opel Bochum...
- Valmet
- Ukainischer Faschist
- Tarifrunde öD
- Kollege Paul
- Gauck
- EU-Wahlen

Automobilproduktion

## „Aus“ für Opel Bochum – Wie weiter bei VW?

Ende 2014 wird bei Opel in Bochum die Fahrzeugproduktion eingestellt. Lediglich das Warenverteilzentrum mit ca. 700 Arbeitsplätzen soll über 2016 hinaus erhalten bleiben. Was kommt da in der Autoindustrie noch auf uns zu, und was heißt das für uns bei Volkswagen?

Sicherlich gab es bei Opel die zitierten Managementfehler und die Abhängigkeit vom US-amerikanischen GM-Konzern.

Verhängnisvoll war: es ist GM gelungen, die anfangs vorhandene Solidarität der europäischen Standorte zu sprengen. Das begann mit einer Sondervereinbarung in Ellesmere Port in England und ging weiter über die Schließung von Antwerpen in Belgien. In der Politik der IG Metall hat wohl auch die unbequeme, widerständige Belegschaft in Bochum eine Rolle gespielt. Der letzte Grund für das „Aus“ liegt jedoch in den Überkapazitäten in der Automobilindustrie: wären alle genannten Faktoren besser gewesen, hätte es eben einen anderen Konzern oder eine andere Fabrik getroffen.

Opel Bochum ist noch längst nicht das Ende der Fahnenstange: weitere Werksschließungen, vor allem in Frankreich (Peugeot) und Belgien (Ford), werden wohl folgen. So sind die Gesetze der kapitalistischen Profitwirtschaft. Wir müssen erkennen, dass

wir eine neue Gesellschaftsordnung brauchen, die das Wohl des Menschen und aller Lebewesen in einer intakten Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Das ist nicht mit einem „weiter so“ zu lösen, bietet aber Chancen, Kreativität und Kraft von Vielen in eine lebenswerte Zukunft zu stecken!

Bis dahin gilt es, aus den Vorgängen zu lernen: Kampf um Arbeitszeitverkürzung in allen Formen (30-Stundenwoche, Senkung des Rentenalters), um die Produktivitätssteigerungen und die Belastungen aus der Arbeit aufzufangen, aber auch um mehr Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen; mehr Zeit für Bildung und Weiterbildung; Ausbau der Mitbestimmung und nicht



### VW: Rekord bei Gewinn und Umsatz

„Mit einem starken Schlussquartal hat Volkswagen 2013 neue Rekordergebnisse eingefahren. Der Konzern verbuchte vor Zinsen und Steuern 11,7 Milliarden Euro und damit rund 1,5 Prozent mehr als 2012 (11,5 Mrd Euro). Die 197 Milliarden Euro Umsatz übersteigen die bisherige Bestmarke von 192,7 Milliarden Euro für 2012 um 2,2 Prozent. Aufgrund des erfolgreichen Geschäftsjahrs soll die Dividende erhöht werden.“

Wolfsburger Allgemeine (WAZ), 22.02.2014

zuletzt Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität. Hier ist auch die IG Metall gefordert, ebenso wie bei der Verhinderung von Tarifverträgen mit einer Verlängerung der Arbeitszeit und einer Unterbietungskonkurrenz bei den Löhnen.

Bei Volkswagen haben wir nun nach 11 Jahren Kampf wohl endlich Ruhe vor der EU-Kommission und sollten die Vorteile des VW-Gesetzes, das uns mehr Mitbestimmung einräumt als in der übrigen Industrie, nutzen. Das heißt weiterhin Verhinderung von Standortschließungen, dafür Initiativen des Weltkonzernbetriebsrates für eine ordentliche Auslastung aller Werke und Investitionen, die eine Drehscheibenfunktion erlauben. Wir haben eine Sozialcharta, die es ermöglicht,

Fortsetzung auf Seite 2

Valmet / Lear:

## Die bitteren Lehren von Karmann

Nach dem „Sterben auf Raten“ bei Karmann hatten viele von uns die Hoffnung, so etwas in ihrem Leben nicht mehr zu erleben. Immerhin hatten ja die Investitionen von Volkswagen und Valmet einen Teil der Karmann-Jobs im Fledder gerettet...

Doch alle die ihren neuen Job bei Valmet gefunden hatten, müssen nun wieder um diesen bangen. Dazu kommen weitere Hiobsbotschaften: der US-Konzern Lear will seine Sitze-Produktion im Fledder mit 170 Arbeitsplätzen dichtmachen, die gerade erst nach dem Brand des alten Standortes hier angesiedelt wurden.

Dies erinnert an die bitteren Erfahrungen, die wir in den letzten Karmann-Jahren machen mussten:

„Unsere Arbeitsplätze“ gehören nicht uns, sondern den Besitzern der Fabriken, den Eigentümern großer Konzerne und Banken. Diese entscheiden über das Schicksal ganzer Regionen. Oberster Maßstab dabei ist der höchstmögliche Gewinn – nicht die Menschen, die in diesen Regionen leben und arbeiten.

Über die Auto-Jobs in Osnabrück entscheiden ferne Konzernzentralen in Finnland oder in den USA, in Wolfsburg oder Stuttgart - weit weg von den Betroffenen. Und bei Zulieferern entscheidet oft nicht der „eigene“ Vorstand, sondern die Autokonzerne als Kunden. Das „Unternehmerrisiko“, mit dem in Sonntagsreden die Notwendigkeit „auskömmlicher“ Unternehmerrisikos begründet wird, tragen im „Ernstfall“ nicht die Herren (und wenigen Damen) Großaktionäre und Anteilseigner, sondern die Beschäftigten. Zu diesem Zweck hatten die Karmann-Familien die Besitzgesellschaft „Karmann GmbH & Co. KG“ genutzt, in der sie ihre Gewinne vor den Folgen des „Unternehmerrisikos“ in Sicherheit brachten und so die Betriebsgesellschaft in die Insolvenz trieben. Erinnern die letzten Umstrukturierungen bei Valmet / Metso nicht fatal daran?

Eine „Mitbestimmung“ der Betroffenen, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften ist bei Entscheidungen über Produkte, Standorte, Unternehmensstruktur usw., also bei den wirtschaftlichen Fragen, in der Regel nicht vorgesehen – hier enden die „Beteiligungsrechte“ nach dem

Betriebsverfassungsgesetz. Bei Volkswagen gibt es etwas mehr Möglichkeiten durch den Aktienanteil des Landes Niedersachsen, die Sonderregeln des VW-Gesetzes und die Stärke der IG Metall. Doch auch die Familien Piëch und Porsche („Dividendenkönige“ 2013...) wollen ihren Reichtum mehren, und auch Volkswagen unterliegt in der Konkurrenz mit den anderen Autokonzernen dem Gesetz der Gewinnmaximierung.

Dies alles ist nicht die „Schuld“ einzelner Personen, sondern ein Wirtschaftssystem: die kapitalistische Produktionsweise. Unser Ziel ist es, dieses zu ändern:

Der Mensch geht vor Profit!



## Deutscher Außenminister trifft Faschisten



Steinmeier, mit Klitschko (li.) und dem Vorsitzenden der NPD-Schwesternpartei „Swoboda“ Oleh Tiahnybok.

Die deutsche Außenpolitik vollzieht eine Zäsur und öffnet sich erstmals für eine demonstrative Kooperation mit Kräften der extremen Rechten. Am 20. Februar ist der Berliner Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit dem ukrainischen Faschistenführer Oleh Tiahnybok in den Räumen der deutschen Botschaft in Kiew zusammengetroffen. Unmittelbar flankiert von Tiahnybok stellte Steinmeier sich anschließend für die internationale Öffentlichkeit zu einem offiziellen Presse-Shooting. Wie das Auswärtige Amt auf seiner eigenen Webseite mit einem Bild bestätigt, nahm Tiahnybok, Vorsitzender der rechtsextremen Partei Swoboda, an den mehrstündigen gemeinsamen Verhandlungen über den bewaffneten Umsturz in der Ukraine mit zwei weiteren Oppositionsführern gleichberechtigt teil.

## Aus für Opel Bochum...

Fortsetzung von Seite 1

negative Auswüchse bei Zulieferern zumindest zu begrenzen und Werkverträge zu beeinflussen. Nutzen wir sie! Nicht zuletzt haben wir bei VW eine wirtschaftliche Situation, die es erlaubt, Forderungen zu stellen nach:

- Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätzen, die nicht krank machen und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie ermöglichen,
- einheitlichen und sicheren Beschäftigungsverhältnissen: weg mit der Mehr-Klassen-Gesellschaft im Betrieb,
- Arbeitseinkommen, die ein gesundes sorgenfreies Leben erlauben,
- umweltschonenden Produkten und Produktion,
- neuen Mobilitätskonzepten,
- Sicherung der Arbeitsplätze auch in der Zukunft – Aufstockung der Innovationsfonds I und II

Diese Forderungen mit Leben zu füllen und für die Durchsetzung zu kämpfen, wird uns niemand abnehmen - das müssen wir schon selber tun!

## Tarifrunde im öffentlichen Dienst

### Aufstocken?: Besser beim Tarif!

Als Sockelbetrag 100 Euro für alle! Und darauf noch einmal 3,5%! Mit dieser Forderung geht ver.di in die Tarifrunde für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes. Während die Gewerkschaftsbasis diesen Beschluss der Bundestarifkommission (BTK), der ein Forderungsvolumen von ca. 7% bedeutet, mit großer Zustimmung aufnimmt, reagieren die öffentlichen Arbeitgeber mit den üblichen Abwehr Ritualen.

Innenminister De Maizière, nach der Bundestagswahl wieder Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber, nannte die Tarifforderung „maßlos überzogen“ die sich niemand leisten könne. Sein Pech, dass am gleichen Tag bekannt wurde, dass sich die große Koalition auf eine Tarifierhöhung für die Abgeordneten des Bundestages von sage und schreibe über 10% geeinigt hatte.

Die kommunalen Arbeitgeber, organisiert in der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA), drohten mal wieder mit dem Schlimmsten. Die Sockelanhebung würde, so der Vorsitzende der VKA, Böhle, den Niedriglohnbereich des öffentlichen Dienstes so teuer machen, dass die Folge ein Mehr an Ausgliederung und Privatisierung zum Beispiel bei der Müllabfuhr und im Nahverkehr wäre. Die VKA verweist zudem auf die drängende Finanznot so mancher Kommune, die sich große Sprünge bei den Mehrausgaben nicht leisten könne. Er

vergaß zu sagen, dass die Finanznot der Kommunen ein politisches Problem ist, das politisch gelöst werden muss. Die Beschäftigten verschuldeten Kommunen könnten 50 Jahre auf Lohnerhöhungen verzichten, und die Kommunen wären immer noch überschuldet.

Es stimmt, im unteren Lohnbereich verdienen die Kolleginnen und Kollegen des öDs trotz ihres Einkommens, dass sehr oft nur durch das Aufstocken durch ALG II zum Leben reicht, mehr als ihre Kolleginnen und Kollegen der Privatwirtschaft. Grund hierfür ist aber die Deregulierung des Arbeitsmarktes im letzten Jahrzehnt mit der Ausweitung der Leiharbeit und anderer prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Altkanzler Schröders Stolz, mit der Hartz-Gesetzgebung den besten Niedriglohnsektor in Europa geschaffen zu haben, ist reiner Zynismus.

Es ist deshalb richtig, wenn ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske darauf hinweist, dass es möglicherweise

schwierig werden wird, die „soziale Komponente“ durchzusetzen, aber die Gewerkschaften nicht darauf verzichten dürften, sie zu fordern, weil dieses so auch ein politisches Signal gegen Arbeitsverhältnisse sei, mit denen kein Einkommen zu erzielen ist, um davon vernünftig leben zu können.

Und er verwies in der Pressekonferenz zur Begründung der Tarifforderung darauf, dass die Durchsetzung einer „sozialen Komponente“ in dieser Runde die eine Sache sei; die vollkommene Durchsetzung eines Mindestlohns mit einer schnellstmöglichen Steigerung auf 10 Euro aber die andere Seite der gleichen Medaille sei.

Die Forderung bedeutet übrigens, dass die Einkommen in der untersten Entgeltgruppe um 10% steigen würden.

Die Vertrauensleute der Stadtverwaltung Osnabrück brachten es auf einem Transparent für diese Tarifrunde auf den Punkt: **Aufstocken? Besser beim Tarif!**



### Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zahlt ein Konzern Milliardendividenden, ist für alle sichtbar, dass da noch viel Verteilungsspielraum ist. Beim öffentlichen Dienst werden immer die leeren Kassen bemüht. Und spätestens da wird es dann für alle erkennbar hoch politisch. Wenn Verhandlungsführer mit CDU- und SPD-Parteibuch in der Tasche da ihr Klage lied anstimmen, sind sie daran zu erinnern, wer denn mit seinen Steuergeschenken für Millionäre und Milliardäre und Absichern von deren Vermögen via „Bankenrettung“ diese Situation verschuldet hat.

Und hier muss auch die Solidarität aus anderen Tarifbereichen einsetzen. Nicht nur weil es die Kolleginnen und Kollegen verdient haben, mit ihren Löhnen über die Runden kommen zu können. Auch wir alle haben es verdient, im Alter von motivierten und qualifizierten Menschen gepflegt zu werden bzw. dass unsere Kinder eben solche Erzieher oder Lehrerinnen haben und vieles mehr. In Tarifrunden des ÖD demonstriert die Unternehmensseite eben nicht nur, was ihnen ihre Beschäftigten wert sind, sondern auch was ihnen das Gros der Bevölkerung wert ist, das auf eine funktionierende umfassende öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen ist.

Das meint jedenfalls Dein Kollege Paul

V.i.S.d.P.: Wilhelm Koppelmann, 49565 Bramsche